

Newsletter KdK – Standpunkt der Kantone 1/2020: Fokusbeitrag

Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen: Ausgabenwachstum gefährdet kantonale Haushalte

Die Alterung der Gesellschaft stellt die öffentlichen Haushalte der Schweiz vor Herausforderungen. Im Gesundheitsbereich ist von einem anhaltenden Wachstum der Ausgaben auszugehen. Dadurch wird die Nachhaltigkeit der Kantonsfinanzen gefährdet, wie die kürzlich publizierten Langfristperspektiven im Rahmen des Legislaturfinanzplans 2021-2023 des Bundesrates aufzeigen. Ohne Einsparungen oder Steuererhöhungen, droht den Kantonen eine Vervielfachung ihrer Schuldenquote. Weil die Entwicklung den Bundeshaushalt wesentlich weniger stark betrifft, wird die Zentralisierung begünstigt. Das führt letztlich zu einer tendenziell teureren Erfüllung öffentlicher Aufgaben

In der Schweiz nimmt die Anzahl der älteren Personen relativ gegenüber jüngeren zu. Während heute auf 100 Personen im Erwerbsalter 30 im Rentenalter kommen, dürften es bis im Jahr 2050 schon 46 im Rentenalter sein. Dadurch steigen die altersabhängigen Staatsausgaben, vor allem in den Bereichen Altersvorsorge, Gesundheit und Langzeitpflege. Aus Sicht der Kantone ist diese Entwicklung alarmierend, werden sie doch den grössten Teil der demografiebedingten Mehrkosten stemmen müssen.

Starke Mehrverschuldung bei den Kantonen

Im Anhang des Ende Januar veröffentlichten Legislaturfinanzplans 2021–2023 projiziert die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) die Wirkung der demographischen Prognose auf die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben bis ins Jahr 2050. Diese Langfristperspektiven zeigen einen starken Ausgabenanstieg vor allem in den Bereichen Gesundheit und der Langzeitpflege, der die Kantone deutlich stärker trifft als Bund und Gemeinden. Insgesamt dürften die Kantone 80 Prozent der Ausgabenzunahme bis 2050 der öffentlichen Hand tragen.

Um ihre Kernaufgaben trotz Kostenwachstum und bei gleichbleibender Qualität wahrzunehmen, müssten sich die Kantone stärker als bisher verschulden, wenn keine Einsparungen oder Steuererhöhungen vorgenommen werden können: Wie eine Schätzung der EFV zeigt, könnte die Schuldenquote der Kantone – sprich die Bruttoschulden in Prozent des BIP – von heute rund 8 Prozent auf 29 Prozent im Jahr 2050 anwachsen. Das entspricht einer Vervielfachung der Schuldenquote. Beim Bund dagegen soll die Schuldenquote gemäss Legislaturfinanzplan 2021–2023 bis 2050 auf 8 Prozent zurückgehen, was praktisch einer Halbierung entspricht.

Herausforderungen aus Sicht der Kantone

Das zu erwartende Ausgabenwachstum gefährdet die Nachhaltigkeit der Kantonshaushalte und bereitet den Kantonen grosse Sorgen. Aus ihrer Sicht sind sie gemeinsam mit dem Bund gefordert, geeignete Massnahmen zu entwickeln, um die Finanzierung dieser Aufgaben langfristig zu sichern bzw. um die Lasten zu verteilen. Dies hat auch mit Blick auf Art. 47 Abs. 2 BV zu geschehen, wonach der Bund den Kantonen ausreichend Finanzierungsquellen belässt und dazu beiträgt, dass sie über die notwendigen finanziellen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben verfügen. Andernfalls wird der Zentralisierung weiter Vorschub geleistet, was weder im Interesse des Bundes noch der Kantone ist, denn dadurch verteuert sich tendenziell die Erfüllung öffentlicher Aufgaben.

Begehrlichkeiten wecken die gegenwärtig hohen Nationalbankgewinne, was von neuem zu politischen Diskussionen führt. Angesichts der alarmierenden finanziellen Langfristperspektiven der Kantone darf am verfassungsmässigen Kantonsanteil an den Nationalbankgewinnen auf keinen Fall gerüttelt werden.

